

Ländliche Entwicklung und Gegenagrarreform*

Die Rückgabe geraubter Ländereien und die Verteilung des extrem konzentrierten Grundbesitzes sind eine der wesentlichsten Herausforderungen, um dem Frieden nach der so genannten Demobilisierung der Paramilitärs näher zu kommen. Schon 2001 hatte der Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen Kolumbien die Umsetzung einer wirklichen Agrarreform empfohlen. Im Mai 2010 werden die diesbezüglichen Fortschritte in Genf überprüft¹. Die Agrarreform und die ländliche Entwicklung werden zudem immer deutlicher zu wichtigen Themen des Wahlkampfes 2010.

In den letzten Jahren fand eine regelrechte Agrar-Gegenreform statt. Offizielle statistische Daten belegen diese: 1984 vereinten 0,5% der Landbesitzer 32,7% der Ackerfläche auf sich, 1996 besaßen 0,4% der Landbesitzer 44,6% der Fläche, heute entfallen auf 0,43% deren 62,9%! Auf der anderen Seite stehen 57,87% der Kleinbesitzer, die 1,66% der landwirtschaftlichen Fläche auf sich vereinen. Vertreibungen stellten kein tragisches Nebenprodukt des bewaffneten Konfliktes, sondern eines seiner Hauptziele dar.

Eine Änderung dieser Situation ist nicht in Sicht. Ein Beispiel dafür ist die mangelhafte Umsetzung des Gesetzes für Frieden und Gerechtigkeit. Kein einziger Paramilitär wurde bisher strafrechtlich rechtskräftig verurteilt, kaum einer machte Aussagen über die gewaltsame Aneignung von Land und die Sonderstaatsanwälte fragten auch nicht danach. Die Verwirklichung des Rechts auf eine gerechte Wiedergutmachung der Opfer ist noch in weiter Ferne; dies gilt v.a. für die Rückgabe geraubter Ländereien unter sicheren Bedingungen. Vielmehr wurden mehrere Führer von Opfer- und Vertriebenenvereinigungen ermordet, die für eine Rückgewinnung geraubter Grundstücke gekämpft hatten.

2009 erlitt auch das Gesetz zum Schutz der Opfer Schiffbruch, das ein ganzes Kapitel über die Rückgabe geraubter Grundstücke enthielt. Zudem war vorgesehen, spezielle Boden-Gerichte einzurichten. Die Schritte der Regierung und des Parlaments führen jedoch in die andere Richtung. So wurde im Januar 2008 das Gesetz 1182 unterzeichnet, „mit dem ein spezieller Prozess zur Sanierung der Grundstücke eingeführt wird“. Diese Regelung erlaubt, ländliche Grundstücke mit weniger als 10 ha in einem sehr laschen Prozess zu legalisieren, der den Vertriebenen keine reellen Möglichkeiten gibt, die Titulierung ihrer geraubten Ländereien durch die unrechtmässigen neuen Besitzer zu verhindern.

Vor kurzem wurden erstmals genaue Zahlen bekannt, wieviel Land in den letzten Jahren dem organisierten Verbrechen, v.a. dem Drogenhandel, weggenommen wurde². Zuständig dafür ist die Nationale Betäubungsmitteldirektion. In den letzten fast 20 Jahren enteignete der Staat Landgüter mit einer Fläche des Departements Caldas oder zweimal Atlantico: 6'968 Grundstücke mit einer Fläche von 789'000 Hektaren wurden enteignet. Auf den ersten Blick sieht das nach einem Erfolg aus. Aber es gibt viele Probleme und Fragezeichen. So wurden den Paramilitärs lediglich 21'481 Hektaren konfisziert, obwohl diverse Studien deren gewalttätige Gegenagrarreform belegen, durch die sie mindestens zwei Millionen Hektaren Land gewaltsam aneigneten. Die Staatsanwaltschaft und die Spezialrichter, die für diese Enteignungsprozesse zuständig sind, gaben zudem einen Drittel der enteigneten Grundstücke wieder zurück. Es scheint, dass diese Rückgaben nicht nur auf juristischen Fehlern bei den Enteignungsprozessen, sondern auch auf der Einflussnahme politischer Mafias beruhen, da an der Karibikküste am meisten konfiszierte Grundstücke wieder zurückgegeben wurden.

Gravierend ist auch, dass der Staat nicht weiss, was er mit diesen konfiszierten Grundstücken machen soll. Da deren Verwaltung aufwändig ist, verkauft er sie meistens und verwendet das Geld für die Reparation der Opfer. Häufig verkauft er aber konfiszierte Grundstücke an guter Lage mit fruchtbarem Boden weit unter ihrem Wert. Dies erfolgt nicht selten an Strohmänner derjenigen, denen das Land abgenommen wurde. Andererseits kauft der Staat überbeuert schlechtes, abgelegenes Land, um Gewaltopfer und Landlose

¹ <http://www.oidhaco.net/spanish/editorial/index.html>

² <http://www.semana.com/noticias-nacion/contrarreforma/132291.aspx>

anzusiedeln. Dabei warten 385'000 vertriebene Kleinbauernfamilien auf Land, wofür die Regierung nur 15'000 Hektaren zur Verfügung stellte. Experten fordern deshalb, dass der Staat einerseits die Prozesse zur Besitzrechtserlöschung bei Delinquenz und gewaltsamer Aneignung beschleunigen und andererseits einen Bodenfonds damit äufnen soll, woraus Gewaltopfer entschädigt und neu angesiedelt werden können.

Die staatliche Entwicklungspolitik sieht für den ländlichen Raum aber nur den Grossgrundbesitz und die Agroindustrie als mögliche Entwicklungsstrategie. Kleinbäuerliche Nahrungsproduktion wird praktisch nicht gefördert; die meisten staatlichen Zuschüsse erhalten Plantagen für die Agrotreibstoffproduktion aus Zuckerrohr und Ölpalme. Verschiedene Experten betonen hingegen die Notwendigkeit, die duale Struktur zwischen Grossgrundbesitz (häufig schlecht genutzter, aber fruchtbarer Boden, z.B. extensive Viehwirtschaft) und den übernutzten, kaum existenzsichernden Kleinstbetrieben zu überwinden. Gut genutzter Grossgrundbesitz soll nicht belangt werden. Die mittleren Betriebe sind aber zu fördern und die Kleinstbauern zu sanieren. Durch Parzellenzusammenlegung und Neuansiedlung im Rahmen von Agrarreformmassnahmen soll zudem der Landbesitz dieser Bauern vergrössert werden. Des Weiteren ist eine dezidierte staatliche Politik erforderlich, die Kleinbauern mit angepasster Technik, Vermarktung und subventionierten Krediten unterstützt. Die Kredite und Subventionen, die es heute gibt, gelangen aber fast ausschliesslich in die Hände von Grossgrundbesitzern, Agrounternehmen und Politikern. Selbst das Projekt „Sicheres Einkommen Landwirtschaft“ (Agro Ingreso Seguro AIS), das v.a. für Kleinbauern und Verlierer der wirtschaftlichen Öffnung gedacht ist, vergab Millionen an Unternehmer, Grossgrundbesitzer, Politiker und sogar Schönheitsköniginnen. Für den Kauf von Land für Landlose und Vertriebene waren nur 60 Mia Pesos reserviert. Alleine diejenigen, welche die Kampagne Uribes unterstützten, erhielten aber 34 Mia. Pesos aus AIS. Der ehemalige Landwirtschaftsminister Andrés Felipe Arias sieht auch nichts Schlimmes daran, dass diese Subventionen an die Grossen gehen. Die Subventionierung der Reichen würde die Ungleichheit auch reduzieren, gab er zynisch zu Protokoll. Statt 100 Kleinbauern sei es besser, einen Unternehmer zu subventionieren, der diese dann anstellt.

In verschiedenen Gebieten des Landes kam es zu weiteren Menschenrechtsverletzungen, Vertreibungen sowie illegaler Landnahme und Rodung, um insbesondere Ölpalmenplantagen zu errichten. Beispielhaft für viele andere Regionen soll die kritische Situation im Chocó, an den Flüssen Curvaradó und Jiguamiandó, erwähnt werden. Zwar gibt es Ankündigungen der Regierung, dass das Land den rechtmässigen Besitzern (schwarze Gemeinschaften) zurückgegeben werde, und verschiedene Gerichtsurteile sowie Resolutionen fordern eine Einstellung der Plantagenaktivitäten und die Rückgabe des Landes. Trotzdem geht die Abholzung weiter, um neue Plantagen anzulegen, und die bestehenden Plantagen werden wie bis anhin bewirtschaftet. Die Armee und (ehemalige) Paramilitärs kontrollieren das Gebiet weiterhin und bedrohen die zurückgekehrten Vertriebenen. Von illegalen bewaffneten Strukturen geschützt, zerstören verschiedene illegale Neusiedler die Nahrungspflanzungen der rechtmässigen Rückkehrer, in dem sie z.B. ihr Vieh in die Gärten der Vertriebenen treiben. Zudem kam es zu mehreren gewaltsamen Übergriffen und verschiedenen Morden. So wurden beispielsweise im November 2009 drei Personen – wahrscheinlich von den FARC – ermordet, die den Plantagenbesitzern nahestehen. Die NGO „Justicia y Paz“, welche die zurückgekehrten Vertriebenen begleitet, hat diese Morde verurteilt und denunziert. Trotzdem läuft eine Schmierenkampagne gegen die Menschenrechtsverteidiger, in der diese als Verbündete der FARC und sogar als an den Morden mitbeteiligte Personen dargestellt werden. Infolge der Diffamierungskampagne mussten mehrere Begleitpersonen die Region verlassen.³

* Es handelt sich um einen Auszug aus dem Jahresbericht 2009 der *ask*. Februar 2010

³ Weitere Infos: <http://justiciaypazcolombia.com/-DeVer->